

Buch „Partei und Fraktion“ (Meisenheim a. Glan 1954) nachgegangen. Es soll hier nur der Parteitag als das oberste beschlußfassende Gremium aus diesem Material zitiert werden, weil damit gleichzeitig auch Hinweise auf das mutmaßliche Schicksal der Reformvorschläge gegeben sind. Zur Zusammensetzung der Parteitage schreibt Wildenmann: „Berücksichtigt man nun neben dem Organisationskern noch die Angehörigen der Partei-Fachausschüsse, ergibt sich der Führungsstab der Partei. Obgleich die Fachausschußmitglieder auf dem Parteitag nur als Delegierte der Bezirke erscheinen können, stellt dennoch der Führungsstab („Spitzenfunktionäre“) von rund 170 Personen den Kern des Parteitages, während die parlamentarischen Organe... als solche auf dem Parteitag nur eine untergeordnete Rolle spielen. Ferner ist aufschlußreich, daß 20% der Parteidelegierten Parteisekretäre sind. Daß unter den restlichen Bezirksdelegierten nur in Ausnahmefällen sich Parteimitglieder ohne besondere Parteifunktion befinden, ist deshalb sicher, weil die Delegierung... durch Auslese der Bezirksausschüsse zustande kommt... Der Struktur nach ist der Parteitag im wesentlichen die Vereinigung des „Funktionärskörpers“ der Partei, aus dem der Führungsstab wie ein erratischer Block herausragt.“

Berücksichtigt man zusätzlich das nahezu gänzliche Fehlen eines vopolitischen Raumes, der nachhaltigen Einfluß auf die Parteireform nehmen könnte, so wird die schmale Basis, auf der diese Umbesinnung möglich und vor allem wirksam werden könnte, deutlich. Sicher kann nicht gesagt werden, daß durch diese Einengung des beschließenden Gremiums das Schicksal der Reformvorschläge der „Volkspartei“ besiegelt ist; es wird aber klar, wie schwierig es sein wird, in den Spitzengruppen der Partei ein kleines Parlament jener Gruppen zustande zu bringen, von denen die Reformer glauben, daß sie für die SPD gewonnen werden könnten. Die Tatsache, daß bisher unter Erich Ollenhauer ein Kompromiß möglich war und keiner der Repräsentanten der beiden Reformgruppen auf die Parteiführung aus ist, zeigt, daß die Entscheidungen von der Bonner SPD-Führung wenn nicht zugunsten einer Richtung beeinflußt, so doch gegen beide verhindert werden können. Die Möglichkeiten eines auch nur zeitweiligen Ausgleiches scheinen jedoch sehr gering.

Die kooperative Wirtschaft in Israel

In keinem anderen Land diesselts des Eisernen Vorhangs hat die kooperative Wirtschaftsform eine derartige Bedeutung erlangt wie in Israel. Diese Wirtschaftsform — vom Staat zwar begünstigt, aber nicht kontrolliert — könnte man am besten als „syndikalistisch“ bezeichnen.

Die kooperative Wirtschaftsform, so wie wir sie heute in Israel vorfinden, ist aus den besonderen Verhältnissen des Landes heraus entstanden. Die zweite, dritte und vierte Einwanderungswelle (1904—1914; 1919—1924; 1924—1931) brachte vor allem eine große Anzahl jüdischer Arbeiter aus Osteuropa ins Land. Für die Entwicklung der jüdischen Arbeiterbewegung in Palästina blieben die Einwanderungswellen aus Osteuropa entscheidend. Diese Einwanderer kamen überwiegend aus den ärmsten Schichten des jüdischen Proletariats in Polen und Rußland und waren vielfach schon vorher in jüdisch-sozialistischen Gruppen organisiert gewesen. Die Ein-

wanderer aus Osteuropa (unter denen es selbstverständlich auch Angehörige des Mittelstandes, orthodoxe Juden und politisch Indifferente gab) brachten in ihrem sonst geringen Reisegepäck die bitteren Erfahrungen des ost-jüdischen Proletariats mit und die Überzeugung, daß der Sozialismus das einzige Heil für die Arbeiter und der zionistische Sozialismus die einzige Lösung der Judenfrage sei. Man muß sich in die Verhältnisse der ersten 30 Jahre dieses Jahrhunderts zurückversetzen, um die geistige Atmosphäre und die Unruhe, in der jene Menschen lebten, richtig würdigen zu können. (Eine geringere Rolle spielten Einwanderer aus Deutschland, die zum sozialistischen Lager gehörten.)

Die sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten in Palästina waren von Grund auf anders als in Europa. In einem Land, das erst kolonisiert werden mußte, konnte man zwar die Rechte des Arbeiters schützen oder verbessern, man konnte jedoch keinen Klassenkampf führen, denn es gab weder ein wirkliches Proletariat noch eine wirklich bürgerliche Klasse. Es gab zwar die Gegensätze zwischen arm und reich und Kämpfe gegen die (tatsächliche) Ausbeutung des jüdischen Landarbeiters, der mit den billigen arabischen Landarbeitern nie konkurrieren konnte, aber keinen Klassenkampf. Man konnte auch keine Revolution vorbereiten, um der „Arbeiterklasse“ die Produktionsmittel zu erobern, denn einmal war Palästina kein selbständiger jüdischer Staat, so daß jeder Revolution eine damals ganz aussichtslose „nationale Befreiung“ hätte vorausgehen müssen, und dann gab es auch kaum Produktionsmittel im klassischen Sinne.

Die in Palästina gegründeten Arbeiterparteien sahen sich so vor zwei Aufgaben gestellt: Kolonisation und Schutz der Interessen der Arbeiter, d. h. gewerkschaftliche Organisation. Kolonisation ist jedoch in keinem sozialistischen Programm als Aufgabe der Arbeiterbewegung vorgesehen, und hieraus entstanden die Besonderheiten der sozialistischen Parteien in Palästina (die Kommunisten haben konsequenterweise jede Kolonisation abgelehnt).

Die Kolonisation Palästinas ergab sich notwendigerweise aus der Zielsetzung des Zionismus, die ideologisch neutral ist. Kolonisation ist aber gleichbedeutend mit der Schaffung von Wirtschaftsgütern. Wenn die jüdischen bzw. zionistischen Sozialisten sich an der Kolonisation aktiv beteiligen wollten, dann mußten sie sich auch als „Kapitalisten“ betätigen und Produktionsmittel erwerben. Der Ausweg aus diesem merkwürdigen Dilemma war die „kooperative Kolonisation“, die zwar kapitalistisch funktioniert, aber keine private Kapitalbildung zuläßt. Der faktische Ablauf der Entwicklung sah in der Praxis etwas anders aus, als er hier dargestellt wurde: Nachdem der jüdische Landarbeiter einsehen mußte, daß er entweder dem kapitalistischen Plantagenbesitzer bei der Kolonisation helfen mußte und so den Kapitalismus fördern würde, oder aber er selbst Bauer bzw. Plantagenbesitzer werden mußte, um kolonisieren zu können — was ja auch Kapital voraussetzt —, entschloß er sich zum praktischsten Weg, nämlich der Kooperative, die einerseits private Eigentumsbildung verhindert, andererseits — und vor allem — die billigste Art der Kolonisation ist.

Die Siedlungsfonds der (politisch neutralen) zionistischen Organisation kamen dabei den entstehenden Kollektivsiedlungen in gleicher Weise zu Hilfe wie dem privaten Siedler. Das zionistische Programm sieht als einen der wichtigsten Punkte die Schaffung eines jüdischen Bauern-

standes vor. Die Siedlungsfonds gaben daher Boden und Darlehen nur an solche Bauern, die sich verpflichteten, ihr Land selbst zu bestellen und nur im Notfall Lohnarbeiter zu beschäftigen. (Für den industriellen Aufbau dagegen unterstützte die zionistische Organisation die Bildung größeren Privatkapitals, das ja die Voraussetzung für eine Industrie ist.)

Bei den Kooperativen ist zu unterscheiden zwischen solchen, die aus rein ökonomischer Zweckmäßigkeit und solchen, die auf ideologischer (und idealistischer) Grundlage aufbauen. Zu den ersteren zählt jede Traktorenstation, zu den letzteren sind die streng sozialistischen Kooperativen zu zählen (es wäre nicht übertrieben, hier von einer sozialistischen Orthodoxie zu sprechen). Das sind vor allem die landwirtschaftlichen Kollektivsiedlungen, in denen auf ideologischer Grundlage eine sozialistische Lebensform verwirklicht wird. Diese Form hat sich nur auf dem Lande und in geschlossenen Siedlungen durchsetzen können.

Das Bedeutsame der kooperativen Wirtschaft in Israel ist, daß sie auf Freiwilligkeit der Beteiligten und nicht auf staatlichem Zwang basiert.

Die Gewerkschaften

Um die größeren Zusammenhänge der kooperativen Wirtschaft überschauen zu können, muß man von den Gewerkschaften ausgehen, die als letzte Koordinatoren in der Kooperativwirtschaft wirken.

Es gibt in Israel vier Gewerkschaftsbünde, von denen jedoch nur einem wirkliche Bedeutung zukommt: 1. die Histadruth Haowdim (= allgemeine Arbeitergewerkschaft, dem JBFG angeschlossen), in der vor allem die sozialistischen und politisch ungebundenen Arbeiter organisiert sind; 2. die Gewerkschaft der „Misrachi“, in der die streng religiösen Arbeiter organisiert sind; 3. die ultraorthodoxe Gewerkschaft der „Agudath-Jisrael“; 4. die „Nationale Arbeitergewerkschaft“, deren Mitglieder den rechtsradikalen Parteien angehören.

Mitgliederzahlen veröffentlichen nur die beiden ersten Gewerkschaften:

Histadruth Haowdim: 579 000

Misrachi: 20 000

Agudath-Jisrael: 1500 (geschätzt)

Nationale Gewerkschaft: 3000—4000 (geschätzt).

Im folgenden soll fast ausschließlich von der Histadruth Haowdim (hier kurz Histadruth genannt) gesprochen werden, da allein diese Gewerkschaft eine Rolle spielt.

Die Mitgliederzahlen der einzelnen Gewerkschaften lassen keinen Schluß auf die politische Struktur der israelischen Arbeiterschaft zu. Da keine der kleineren Gewerkschaften mit der Histadruth konkurrieren kann, sind z. B. auch viele religiöse Arbeiter in dieser Gewerkschaft organisiert. Als Institution ist die Histadruth „überparteilich“, d. h., die Mitgliedschaft ist von keiner Parteizugehörigkeit abhängig. Dagegen werden die allgemeinen Wahlen zu den Vorständen und Ausschüssen nach Parteilisten vorgenommen. Seit der Gründung der Histadruth im Jahre 1920 verfügt die israelische Arbeiterpartei (MAPAI; etwa der englischen Labour-Party entsprechend und in der 2. Internationale vertreten) über die Mehrheit. Nur in den kleineren Gremien konnte auch die linksradikale MAPAM zuweilen eine Mehrheit erhalten. Die Kommunisten waren als nichtzionistische Partei zeitweise aus der Histadruth

ausgeschlossen. Neben der MAPAI und MAPAM sind in der Histadruth auch linksstehende liberale Gruppen vertreten (jetzt „Progressive Partei“), deren Mitglieder fast ausschließlich mitteleuropäischer Herkunft sind.

Die Bedeutung der Histadruth für das öffentliche und wirtschaftliche Leben des Landes ergibt sich schon allein aus der Zahl ihrer Mitglieder: Die 579 000 Mitglieder stellen 86 % aller Arbeitnehmer und 65 % aller „Ernährter“ dar. Zusammen mit ihren Angehörigen zählen die Mitglieder der Histadruth 900 000 Personen, d. h. 55 % der jüdischen Einwohner Israels. 145 000 „Ernährter“ finden in der gewerkschaftlichen Wirtschaft, d. h. in den kooperativen und gewerkschaftseigenen Betrieben, ihr Brot. Das sind mehr als 25 % aller „Ernährter“ in Israel. Die Gesamtheit der Mitglieder ist in 28 Berufsverbänden organisiert, darunter fünf allgemeine Gewerkschaften (Landwirtschaft, Baugewerbe, Lehrer, Beamte und Ingenieure). Auch die beiden religiösen Gewerkschaften haben sich diesen Berufsverbänden angeschlossen. Unabhängig von den Berufsverbänden bestehen noch die Organisation der „Gewerkschaftsjugend“ (55 000 Mitglieder) und die „Moezath Hapoaloth“, die Frauenorganisation (ca. 250 000 Mitglieder).

Allgemein zugänglich sind die sozialen Institutionen der Histadruth, vor allem die Krankenkasse. In Israel wurde bisher nur eine Altersversicherung vom Staate gefördert bzw. zur Pflicht gemacht. Die Mitgliedschaft in den Krankenkassen ist freiwillig, viele Betriebe bestehen jedoch auf Versicherung der Arbeitnehmer. Die Mitgliedschaft in der Krankenkasse ist von der Mitgliedschaft in der Gewerkschaft unabhängig. Die Krankenkasse der Histadruth zählt zur Zeit ca. 1 Million Versicherte.

Die gewerkschaftliche Wirtschaft

Die wirtschaftlichen Unternehmungen der Gewerkschaft haben mit den Berufsverbänden, die die Interessen der Arbeiter wahrnehmen sollen, nur wenig zu tun. Alle Arbeiter, die in Unternehmen der Gewerkschaft oder als „Teilhaber“ in Kooperativen beschäftigt sind, müssen zwar in den Berufsverbänden organisiert sein. Die Unternehmen und Kooperativen arbeiten jedoch im Rahmen der Wirtschaft des Landes und untereinander auf „kapitalistischer“ Grundlage, und die Berufsverbände können keinerlei direkten Einfluß auf diese ausüben. In der Theorie wäre es möglich, und es soll tatsächlich vorgekommen sein, daß ein Berufsverband einen gewerkschaftseigenen Betrieb bestreikt. Einfluß auf die einzelnen Unternehmen oder auf die zu verfolgende Wirtschaftspolitik hat bestenfalls der Vorstand des Gewerkschaftsbundes; dieser wird allerdings von den Berufsverbänden gewählt.

Man muß bei der kooperativen Wirtschaft grundsätzlich zwischen drei Formen unterscheiden: a) selbständige Produktionskooperativen, die im Rahmen der Gewerkschaftswirtschaft organisiert sind; b) gewerkschaftseigene Betriebe auf nicht oder nur teilweise kooperativer Grundlage; c) Verbrauchs- und Einkaufskooperativen.

Alle gewerkschaftseigenen Betriebe sind Eigentum der „Chewrath Owdim GmbH“ (= Arbeitergesellschaft), die als „Holding-Company“ funktioniert, d. h. auch Aktien erwerben und sich an beliebigen privaten Unternehmen beteiligen kann. Aber auch alle anderen genossenschaftlichen Unternehmen sind in verschiedener Weise der Chewrath Owdim angeschlossen oder unterstellt. Die Chewrath Owdim selbst ist nicht eigentliches Eigen-

tum der Gewerkschaft, sondern — wenigstens de jure — eine von der Gewerkschaft unabhängige Gesellschaft.

Zum Eigentum der Chewrath gehört eine Reihe von Gesellschaften, die teils eine koordinierende Funktion innerhalb der kooperativen Wirtschaft, teils auch zwischen der kooperativen und privaten Wirtschaft erfüllen.

Eine kurze Übersicht über die größten Gesellschaften und Betriebe wird das vorher Gesagte am besten verdeutlichen. Folgende Großunternehmen befinden sich heute (neben vielen Kleinunternehmen) im Eigentum der Chewrath Owdim:

1. „Sollel Boneh GmbH“, das größte israelische Unternehmen für Hoch- und Tiefbau. Sollel Boneh arbeitet vorwiegend nach dem „Kontraktor-System“, d. h., es übernimmt den gesamten Bauauftrag durch Kontrakt. Das Unternehmen ist seinem Aufbau nach ein für israelische Verhältnisse großer Konzern, dem ca. 30 weitere Unternehmen angeschlossen sind, die es ermöglichen, daß fast alle benötigten Materialien und Dienstleistungen aus eigenen Betrieben bezogen werden. Zu diesen Betrieben gehören sowohl die größte Zementfabrik, die größte Rohrfabrik, eine Fischereierwerft, Transportunternehmen wie auch Farbenfabriken, Fabriken für Elektroartikel usw. Bis zum Jahre 1946 hatte der Sollel Boneh große Bauaufträge im ganzen Vorderen Orient übernommen, heute wird nur noch eine Filiale in Zypern und der Türkei unterhalten (vor allem für Exporte). Der Sollel Boneh ist heute zusammen mit den angeschlossenen Fabriken nicht nur das größte Bauunternehmen, sondern faktisch auch der größte Industriekonzern in Israel.

2. „Hamashbir Hamerkazi GmbH“ ist das zweite große Unternehmen der Gewerkschaft, das vor allem als Einkaufsgesellschaft für die kooperative Wirtschaft fungiert. Hamashbir ist eine kooperative Gesellschaft, die zusammen mit der ca. 20 Fabriken, die ganz oder teilweise Eigentum der Gesellschaft sind, den größten Großhandelskonzern und Verbrauchsgüterproduzenten darstellt. Die Gesellschaft versorgt die gesamte kooperative Landwirtschaft, und zwar als ausschließlicher Lieferant, und fast alle Konsumgenossenschaften, ist aber auch an den großen Regierungsaufträgen für Einwandererlager, Armee usw. maßgeblich beteiligt.

3. „Tnuwah GmbH“: Diese Gesellschaft besorgt den Verkauf der landwirtschaftlichen Erzeugnisse an den Zwischenhandel und die Verbraucher. Da die kooperative Landwirtschaft ca. 75 % aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse produziert und viele private Betriebe der Tnuwah angeschlossen sind, hat die Gesellschaft praktisch ein Monopol auf diesem Gebiet. Im Besitz der Tnuwah sind auch Fabriken für die Weiterverarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse.

4. „Hasneh GmbH“ ist die größte Versicherungsgesellschaft im Lande. Die Gesellschaft besorgt vor allem die Versicherung der kooperativen Wirtschaft, arbeitet aber auch im privatwirtschaftlichen Sektor.

Zu nennen wären noch die gewerkschaftseigenen Banken, die den Geldverkehr besorgen, Hilfs- und Darlehenskassen für Arbeiter, Wohnungsbaugenossenschaften usw.

Produktions- und Dienstleistungskooperativen

Die oben genannten Gesellschaften erfüllen zwar eine äußerst wichtige Funktion innerhalb der kooperativen Wirtschaft, arbeiten aber nur zum Teil auf wirklich kooperativer oder genossenschaftlicher Grundlage. Im all-

gemeinen bildet eine Gruppe von Kooperativen die „Genossenschaft“, es handelt sich also nur selten um eine Genossenschaft von Individuen.

Anders ist es bei den Produktions- und Dienstleistungskooperativen. Diese sind ein Zusammenschluß mehrerer Personen zum Zwecke gemeinschaftlicher Produktion oder Dienstleistungen. Von unseren „Gesellschaften“ unterscheiden sie sich wohl grundsätzlich dadurch, daß alle, die an der Gesellschaft beteiligt sind, auch in der Gesellschaft arbeiten müssen, und daß die „Gesellschaft“ nur im Notfall Lohnarbeiter beschäftigen darf. Finanziell sind alle Gesellschafter gleich beteiligt.

In der Praxis sieht das so aus, daß sich eine Gruppe von Arbeitern zusammentut und durch gleiche Einlagen eine kooperative Gesellschaft gründet. Dabei kann es oft vorkommen, daß die Chewrath Owdim „Anteile“ der Gesellschaft erwirbt, um durch diese Form der finanziellen Beteiligung die Gründung zu erleichtern. Tatsächlich sind die meisten Kooperativen dieser Art in irgendeiner Form mit der Chewrath Owdim verbunden, die vor allem über das Finanzgebaren der Gesellschaft zu wachen pflegt.

Als geradezu klassische Form dieser Kooperativen pflegt man die israelische Autobuskooperative zu nennen. Diese entstand durch Zusammenschluß von Fahrern, die eine Einlage etwa im Werte eines Autobusses — zum Teil in Form von Krediten — mitbrachten. Die Autobuskooperativen konnten sich ein praktisches Monopol im jüdischen Autobusverkehr sichern. Das etwa halbe Dutzend Autobuskooperativen hat sich im Laufe der letzten Jahre zu einer einzigen Gesellschaft vereinigt. Aber keineswegs alle Kooperativen können derartige Erfolge aufweisen.

Die Produktionskooperativen pflegen ihren Mitgliedern eine monatliche Vergütung in bestimmter Höhe zu zahlen. Gewinnüberschüsse, die nicht investiert werden, werden in Form eines Bonus ausgezahlt. Große Schwierigkeiten bereitet das Problem der Lohnarbeiter. Nach den von der Gewerkschaft vorgeschriebenen Statuten dürfen solche nur im Notfall beschäftigt werden. Eine Kooperative nun, wie etwa die der Autobusfahrer, in der der Wert eines Anteils, der zur Erlangung der Mitgliedschaft eingezahlt werden müßte, recht hoch ist, kann unmöglich so viele Mitglieder aufnehmen, um in den Garagen oder in der Buchhaltung keine Lohnarbeiter beschäftigen zu müssen. Einfacher liegt der Fall bei den kleinen finanzschwachen Kooperativen.

Im Gegensatz zu den Kollektiven der Landwirtschaft sind die Produktionskooperativen im allgemeinen „ideologisch neutral“. Ihre Mitglieder müssen der Gewerkschaft angehören und sind meistens auch Mitglieder in den Linksparteien. Ausnahmen sind jedoch nicht selten. Die verbindenden Faktoren in der Kooperative sind weniger ideeller Natur („das Leben von der Hände Arbeit“), sondern überwiegend ökonomischer Art, nämlich der gemeinsame Erwerb, der in Wirklichkeit ja der Erwerb des Einzelnen ist.

Die Kooperative ist nicht Parteisache und meistens auch nicht Sache einer eng miteinander verbundenen Gemeinschaft. Es gibt allerdings Kooperativen, die die Domäne einer bestimmten Partei sind, und die Aufnahme in eine Kooperative, vor allem in solche, die finanziell günstig gestellt sind, kann oft genug von „Protektion“ abhängig sein. Die Gemeinschaft ist nicht viel gebundener als die durch gemeinsame Arbeit bedingte Gemeinschaft in privaten Betrieben.

Obleich es in Israel kein Proletariat gibt, gibt es doch ein

stark ausgeprägtes „proletarisches Bewußtsein“. Dieses ist gerade unter den gut bezahlten Facharbeitern häufig anzutreffen. In Israel hat es noch einen besonderen zionistisch-sozialistischen Einschlag, den man teils nationalen, teils sozialistischen „Aufbaustolz“ nennen möchte. Der Kooperativarbeiter, der zwar arbeitet, aber mit dem Lohnarbeiter nicht zu vergleichen ist, hat diese beiden Grundhaltungen stark entwickelt (es scheint, als ob das „proletarische Bewußtsein“ parallel zur wirtschaftlichen Sicherheit wächst).

Es gibt außerhalb Israels kaum eine Gruppe, die sich soziologisch mit den israelischen Kooperativarbeitern vergleichen ließe. Das Einkommen dieser Arbeiter entspricht in ungünstigen Fällen etwa dem eines Facharbeiters, in günstigen Fällen dem eines hohen Beamten. Die wirtschaftliche Sicherheit des Arbeiters ist kaum geringer als die des Beamten. Er gehört genau genommen einer privilegierten Klasse an, ohne diese Privilegien durch private Unfreiheit — wie etwa in Rußland — kompensieren zu müssen, denn er braucht sich auch als Gewerkschaftsmitglied nicht besonders hervorzutun.

In der israelischen Gesellschaft wirkt der Kooperativarbeiter als stabilisierender Faktor. Im Rahmen der allgemeinen „Arbeiterkultur“ entwickelt er ein gewisses Niveau, gefördert durch die kulturelle Aktivität der Gewerkschaft in Form von Schule, Theater, gewerkschaftlichen Verlagszergebnissen usw.

Die landwirtschaftlichen Kooperativen

Die landwirtschaftlichen Kooperativen in Israel wurden nach dem Ersten Weltkrieg zum Rückgrat der jüdischen Kolonisation in Palästina. Man muß hier grundsätzlich zwischen kollektiven und kooperativen Siedlungen unterscheiden, d. h. solchen, in denen auch die „Gesellschaft“ in ein kollektives Leben einbezogen ist, und solchen, in denen die landwirtschaftlichen Produktionsmittel gemeinschaftlicher Besitz sind.

Insgesamt produziert die kooperative Landwirtschaft ca. 70% der landwirtschaftlichen Erzeugnisse, das entspricht im großen und ganzen ihrem Anteil an der „bäuerlichen“ Bevölkerung.

Die kooperativen bzw. kollektiven Siedlungen sind heute in vier großen Organisationen zusammengeschlossen (die kooperativen Siedlungsorganisationen, die nicht der Histadruth angeschlossen sind, also religiöse und rechtsradikale Bewegungen, fallen kaum ins Gewicht). Die Bevölkerungszahlen, nach den wichtigsten Organisationen aufgeteilt, verteilen sich wie folgt:

	Bevölkerung Siedlungen	
Bewegung der Moschawej-Owdim (kooperative Landwirtschaft)	70 000	208
Vereinigte Kewuzoth und Kibbuzim (kollektiv)	26 000	78
Hakibuz Haarzi (kollektiv)	27 500	73
Hakibuz Hameuchad (kollektiv)	25 000	58
Igud Hamoschuwim (religiöse kooperative Landwirtschaft)	27 500	60
Insgesamt:	176 000	477

Die Zahl der erwachsenen Mitglieder ist wohl mit 50% anzusetzen (beim Kibbuz Haarzi kommen auf 27 500 Personen 14 500 Mitglieder und Kandidaten). Diese hohe

Verhältniszahl ergibt sich aus dem relativ niederen Durchschnittsalter in der israelischen Landwirtschaft.

Wie schon gesagt, wurde die kooperative Siedlungsbewegung durch die zionistischen Kolonisationsfonds unterstützt und zum Teil erst möglich gemacht. Der Bodenfonds (KKL) stellt den Boden zwar nicht kostenlos zur Verfügung, er verpachtet ihn aber für 49 Jahre zu günstigen Bedingungen. (Der Boden wird nicht erworben, sondern gilt als Nationaleigentum.) Die Errichtung von Bauten und der Erwerb von landwirtschaftlichen Produktionsmitteln werden durch äußerst billige Kredite des „Gründungsfonds“ erleichtert. Ein gewisses Eigenkapital ist jedoch immer erforderlich.

Die Herder-Korrespondenz (vgl. 6. Jhg., S. 431) hat die Formen der Kollektivsiedlung bereits ausführlich beschrieben. Im folgenden soll daher nur eine kurze Darstellung der einzelnen Siedlungsformen gegeben werden.

Der Kibbuz Haarzi

Der Kibbuz Haarzi ist die Siedlungsorganisation des Haschomer Hazair, einer zionistisch-sozialistischen Bewegung, die sich etwa mit der englischen „Independent Labour Party“ vergleichen ließe. Vor dem Zweiten Weltkrieg unterhielt die Bewegung enge Kontakte zur obengenannten Partei und zur 4. (trotskistischen) Internationale. Heute ist der Haschomer Hazair zusammen mit seiner Schwesterpartei, der „Sozialistischen Liga“, die sich vorwiegend aus Industriearbeitern zusammensetzt, die Kerngruppe der linksradikalen MAPAM. Der Haschomer Hazair ist als Bewegung ausschließlich auf den Aufbau sozialistischer Kollektivsiedlung ausgerichtet.

Die Siedlungsform des Kibbuz Haarzi erstrebt eine gewisse Auswahl unter den Siedlern. Die Bewegung stellt tatsächlich die menschliche und politische Elite im sozialistischen Lager. In den Siedlungen des Kibbuz Haarzi sollen nach Möglichkeit nicht mehr als 150—200 erwachsene Mitglieder aufgenommen werden, damit die Genossen im engen Kontakt miteinander leben können.

Man versucht, im Kibbuz Haarzi — wie in allen Kollektivsiedlungen — eine Idealform des Kommunismus zu verwirklichen: Leistung nach Vermögen, Lohn nach Bedarf. Es gibt keinerlei Privateigentum — auch die Zahnbürste gehört, wenigstens in der Theorie, der Gesellschaft. Die tatsächliche Grenze des Privatbesitzes liegt etwa bei der Kleidung und der spärlichen Zimmereinrichtung.

Der Kibbuz Haarzi will eine gesellschaftliche Idealform entwickeln. Der Mensch ist an erster Stelle der Gesellschaft, nicht etwa der Familie oder irgendeiner anderen Einheit. Das individuelle Leben soll dabei keineswegs eingeschränkt werden — es gibt im Kibbuz wahrscheinlich mehr Individualisten als anderswo —, nur soll es im Rahmen der Gemeinschaft verwirklicht werden.

Mahlzeiten werden im Speisehaus eingenommen, das „Zuhause“ beschränkt sich bei Ehepaaren auf ein „Familienzimmer“. Die Kinder leben in der „Kindergemeinschaft“. Gekocht wird in der Kibbuzküche, gewaschen in der Wäscherei; man braucht auch keinen großen Kleiderschrank, denn Wäsche und Kleider werden im Magazin aufbewahrt, wo man sie bei Bedarf abholt. Dieses Verfahren ist nicht nur billig und rationell, es garantiert auch ein Höchstmaß an Gemeinschaftsleben.

Geld gibt es im Kibbuz Haarzi wie in allen anderen Kollektivsiedlungen nicht, es sei denn für den Verkehr mit der Außenwelt. Der Kibbuz versorgt seine Mitglieder

mit allem Nötigen, von der Zigarette bis zum Schnürsenkel. Für den 10- bis 14tägigen Jahresurlaub, den man meistens außerhalb der Siedlung verbringt, wird fast überall ein gewisses Tagesgeld bezahlt; in manchen Siedlungen ist auch ein kleines Taschengeld üblich. Sehr großer Wert wird auf die allgemeine und politische Weiterbildung der Kibbuzmitglieder gelegt. Das kulturelle Leben, das sehr gepflegt wird, erreicht ein beachtenswertes Niveau.

Die Geschäfte des Kibbuz werden vor allem durch den gewählten Rat ausgeübt, dem auch die Sekretäre (Finanzen, Arbeit usw.) angehören. Der Kibbuz ist zwar Gemeinschaftsbesitz, es gibt jedoch keine errechenbaren Anteile. Dem ausscheidenden Mitglied kann eine Übergangsbilhilfe gezahlt werden, der Kibbuz ist jedoch zu keinerlei Entschädigungen verpflichtet. Über die Bedürfnisse des einzelnen, über Streitfälle usw. entscheidet die Gemeinschaft entweder durch den „Rat“ oder durch die Vollversammlung. Der einzelne hat sich vor der Vollversammlung zu verantworten.

Der Kibbuz ist nur als Siedlungseinheit eine sozialistische Gesellschaft. Nach außen hin funktioniert er wie jedes andere Unternehmen. Die Kibbuzim können auch untereinander nur auf dieser Ebene funktionieren. So gibt es z. B. keinen automatischen Ausgleich zwischen finanzschwachen und finanzstarken Siedlungen innerhalb der gleichen Organisation.

Der Kibbuz ist über seine Siedlungsorganisation Mitglied der Histadruth, die Mitglieder nehmen an den Wahlen zur Histadruth teil. Bestimmte wirtschaftliche Unternehmungen der Kibbuzim werden im Rahmen der Siedlungsorganisation wirtschaftlich koordiniert. Die Koordination zur gesamten kooperativen Wirtschaft liegt in Händen der Chewrath Owdim GmbH.

Der Kibbuz Hameuchad

Politisch gehört der Kibbuz Hameuchad im allgemeinen zur MAPAI; in manchen Kibbuzim dieser Organisation gibt es aber auch Mitglieder der linksradikalen MAPAM. Diese gehörten früher zum linken Flügel der MAPAI und traten nach der Parteispaltung 1946 zur MAPAM über. In einigen Kibbuzim wurden die politischen Gegensätze so groß, daß eine Teilung vorgenommen werden mußte.

Die Organisation des Kibbuz Hameuchad unterscheidet sich vom Kibbuz Haarzi für den Außenstehenden vor allem durch die Größenverhältnisse, da der Kibbuz Hameuchad danach strebt, möglichst große und aufnahmefähige Gemeinschaften zu bilden (die größte Siedlung zählt fast 2000 Mitglieder). Der Größenunterschied ist auch dort, wo er nur als künftige Möglichkeit vorgesehen ist, die Konsequenz einer bestimmten Einstellung zur „Gesellschaft“, die sich von der des Kibbuz Haarzi stark unterscheidet. Das sagt schon die Zielsetzung des Kibbuz Hameuchad: „Die Errichtung großer offener Kollektivsiedlungen, die Neueinwanderer aufnehmen; die Erziehung der Jugend und Kinder zum zionistisch-sozialistischen Gedanken, die Errichtung von Siedlungen, die Landwirtschaft und Industrie vereinen...“ Der Kibbuz Hameuchad ist im Gegensatz zum exklusiven Kibbuz Haarzi eher eine Sammlungsbewegung. Selbstverständlich wird auch hier eine gewisse Auswahl unter den Bewerbern („Kandidaten“) getroffen, aber doch nicht mit der gleichen Strenge wie im Kibbuz Haarzi. Es wird auch nicht versucht, das Ideal einer menschlichen Gesellschaftsform zu

verwirklichen. Das sind in Wirklichkeit sehr erhebliche Unterschiede, die dem Außenstehenden oder gelegentlichen Besucher nicht ohne weiteres ins Auge fallen.

Der Unterschied in den Lebensformen ergibt sich aus dem vorher Gesagten. Es gibt im Kibbuz Hameuchad ein größeres Maß an privaten Bereichen, aber nicht an persönlicher Entfaltung — die im Kibbuz Haarzi eher gefördert wird. Der politische, d. h. hier der weltanschauliche Unterschied tut ein übriges. Der Kibbuz Haarzi ist revolutionär — grundsätzlich; der Kibbuz Hameuchad hat die gleiche Statik erreicht wie seine Partei, die MAPAI, deren revolutionärer Höhepunkt der Umzug am 1. Mai ist. (Es ist hier von der „inneren Einstellung“ die Rede. Tatsächlich wird im Kibbuz Hameuchad mehr Kommunismus verwirklicht als in irgendeinem russischen Kolchos.)

Der Chewer Hakibbuzim ist eine Vereinigung von Kollektivsiedlungen, von denen ein Teil früher zum Kibbuz Hameuchad gehört hatte und den Kollektivsiedlungen des früheren Chewer Hakewuzoth. Die Vereinigung ist aber eher organisatorischer, z. T. auch politischer Natur (die Entwicklung, die zur Vereinigung führte, kann hier nicht beschrieben werden). Die Siedlungen unterscheiden sich nicht wesentlich vom Kibbuz Hameuchad. Die politische Richtung entspricht etwa dem rechten Flügel der MAPAI. Im allgemeinen ist jedoch der Chewer Hakibbuzim weniger politisch gebunden als der Kibbuz Hameuchad.

In allen Formen des Kibbuz gibt es neben den notwendigen handwerklichen Betrieben auch Industriebetriebe zum Teil von beträchtlichem Ausmaß. Der Anteil der Beschäftigten in der Kibbuz-Industrie ist nur schwer zu schätzen, er dürfte bei 5—6% der arbeitenden Mitglieder liegen.

Der religiöse Kibbuz

Der religiöse Kibbuz hat in Israel bisher keine besondere Bedeutung erlangen können; er umfaßt schätzungsweise 3000 bis 3500 Personen. Judentum und „Sozialismus“ — als Gesellschaftsordnung — sind an sich keine unvereinbaren Gegensätze. Unvereinbar allerdings ist religiöses Judentum und Sozialismus als materialistische Weltanschauung. Es ist daher wohl auch falsch, von religiösem Sozialismus zu sprechen. Das, was die religiösen Arbeiterparteien erstreben, nennt sich nur für die, die es anders nicht verstehen können, eine „zu erstrebende Synthese zwischen Religion und Sozialismus“. Für den Hausgebrauch gilt die alte Losung: „Lehre (Torah) und Arbeit“. Das gleiche gilt für den religiösen Kibbuz. Nicht die Verwirklichung eines sozialistischen Ideals wird erstrebt, sondern wichtig ist allein die Torah als Offenbarung und Lehre, der der Jude zu leben hat, gleichgültig ob er Mitglied eines Kibbuzes oder Bankier ist.

Die äußere Lebensform im religiösen Kibbuz unterscheidet sich in einem Punkt wesentlich von der im sozialistischen Kibbuz: Das tägliche Leben wird durch die religiöse Praxis, durch den Kult bestimmt. Der Tag beginnt mit dem Gemeinschaftsgottesdienst der Männer, der gut 45 bis 60 Minuten beansprucht, der Arbeitstag endet mit dem gemeinschaftlichen Nachmittags- und Abendgebet. An die Stelle der ideologischen Schulung tritt die religiöse Schulung, das „Studium der Lehre“. Das Familienleben ist verständlicherweise stärker betont.

Was den religiösen Kibbuz zum „Kibbuz“ macht, ist die

Gemeinschaftlichkeit des Eigentums und die Realisierung einer quasisozialistischen oder kommunistischen Gesellschaftsform.

Der Moschaw Owdim

Der Moschaw Owdim (= Arbeitersiedlung) ist eine landwirtschaftliche Produktionskooperative. Mit dem Kibbuz kann der Moschaw Owdim nicht verglichen werden, eher mit der industriellen Produktionskooperative. Man pflegt den Moschaw Owdim mit dem russischen Kolchos zu vergleichen — zu Unrecht, denn der Moschaw Owdim ist Teil einer freien Wirtschaft und steht unter keinerlei staatlichem Zwang. Es gibt kein „Ablieferungssoll“ und keine Planwirtschaft. Sieht man von diesen erheblichen Einschränkungen ab, dann wäre der Vergleich möglich.

Der Moschaw ist keine „Kommune“. Jeder Bauer hat sein Haus oder seine Wohnung, ein privates Land, einen privaten Stall, Geflügel usw. Allein die großen Felder, die größeren landwirtschaftlichen Geräte, Magazine und Transportmittel usw. sind Gemeinschaftsbesitz. Die gemeinsame Arbeitsleistung und der Ertrag daraus werden geteilt, soweit sie nicht der Tilgung gemeinsamer Schulden oder neuen Investitionen dienen. Über gewisse Dinge, wie etwa Schulwesen, kulturelle Institutionen usw. beschließt die Gemeinschaft des Moschaws durch die Vollversammlung. Diese Beschlüsse reichen jedoch nie in das Privatleben des einzelnen hinein.

Der Lebensstandard ist je nach den finanziellen Verhältnissen verschieden, im allgemeinen jedoch gut. Der Moschaw ist politisch nicht gebunden, es ist jedoch üblich, daß sich politisch Gleichgesinnte in einer Siedlung zusammenfinden.

In den von der religiösen Arbeiterpartei organisierten Moschawim leben heute ca. 27 500 Menschen, zum großen Teil Neueinwanderer. Diese Moschawim sind teilweise noch sehr jung und sind daher sowohl gesellschaftlich als auch wirtschaftlich ziemlich labil. Abgesehen vom religiösen Gepräge des täglichen Lebens und den kulturellen Institutionen bestehen keine wesentlichen Unterschiede zwischen dem allgemeinen Moschaw Owdim und dem religiösen Moschaw. Es ist jedoch mit Sicherheit anzunehmen, daß der religiöse Moschaw sich durchsetzen wird.

Der Moschaw Owdim ist heute die wichtigste Siedlungsform in der israelischen Landwirtschaft. Die Neueinwanderer des letzten Jahrzehntes sind überwiegend unter dem Druck ungünstiger Verhältnisse in ihren Heimatländern nach Israel gekommen und nicht von jenem Idealismus besessen, der zur Gründung der Kibbuzim notwendig war. Dagegen ist der Moschaw Owdim die geeignete Siedlungsform für Einwanderer mit nur geringem Eigenvermögen, und auch für die, die keine Erfahrung in der Landwirtschaft haben, ist es am einfachsten, sich einer genossenschaftlichen Siedlung anzuschließen, die nicht nur die Profite, sondern auch die Risiken teilt.

Die israelische Regierung hat diesen Zug sehr gefördert. Sie entwickelte zwei Siedlungsprogramme, die das starke Anwachsen des Moschaw Owdim unterstützten: „Vom Schiff ins Dorf“ und „Von der Stadt ins Dorf“; das eine für die Neueinwanderer, die so dem ungünstigen Einfluß des Lagerlebens entzogen wurden und binnen 48 Stunden angesiedelt werden konnten, das andere für Städter, die sich in der Stadt nicht zurechtfinden und Bauern werden wollten. Bei beiden Programmen ist „Dorf“ gleichbedeutend mit Moschaw Owdim.

1944 betrug der Anteil des Moschaw an der gesamten kooperativen Landwirtschaft 28%. Dieser Prozentsatz nahm stetig zu und erreichte 1955 ca. 55%. Diese beiden Zahlen lassen die Bedeutung dieser Siedlungsform für die kooperative Landwirtschaft und für die Landwirtschaft in Israel überhaupt eindeutig erkennen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Kooperativen

Aus dem bisher Gesagten wird die Bedeutung der Kooperativen für die israelische Wirtschaft klar. Eine genaue Festsetzung des Anteils der Kooperativen an der Gesamtwirtschaft läßt sich natürlich nicht vornehmen. Auch annähernde Schätzungen sind nur schwer möglich, denn das eingetragene Kapital oder der Kapitalumlauf in einer bestimmten Periode kann nur einen ungefähren Wert ahnen lassen. Man schätzt diesen Anteil heute auf 25 bis 30%. Diese Schätzung könnte durchaus richtig sein; sie entspricht in etwa der Zahl der Beschäftigten in der kooperativen und gewerkschaftseigenen Wirtschaft und wohl auch dem Realwert der gesamten Unternehmen.

Man kann die Gewerkschaft oder die Verbände der Kooperativen jedoch nicht mit privaten Unternehmen vergleichen. Die Gewerkschaft ist zwar auf dem Arbeitsmarkt geradezu allmächtig, die Gesamtheit der Unternehmen läßt sich jedoch nicht mit jener Leichtigkeit dirigieren, als ob sie in privater Hand vereinigt wären. Das könnte man höchstens von den gewerkschaftseigenen Unternehmen sagen.

Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, die Histadruth bilde in Israel einen Staat im Staate. Das liegt nicht zuletzt daran, daß die Histadruth vor der Gründung des Staates Funktionen erfüllen mußte, die normalerweise dem Staat zukommen. Auch der gewerkschaftliche Kapitalismus entsprang nicht dem Wunsch der Histadruth, die israelische Wirtschaft der Gewerkschaft zu erobern, sondern der Notwendigkeit des Aufbaues. Aber eines ist nicht zu übersehen und ist als Erscheinung wohl allgemein: Nachdem einmal eine derartige Machtfülle in der Hand der Histadruth vereinigt wurde, wird sie sich ihrer Macht auch nicht mehr ohne Zwang entblößen. Daß es zwischen Regierung und Histadruth nicht zu einem Machtkampf kommt, liegt vor allem daran, daß Israel immer noch aufbaut und so der Histadruth noch ein weites Feld bleibt und daß die politischen Parteien, die die Histadruth beherrschen, auch die Macht im Staate haben.

Der von der israelischen Privatwirtschaft erhobene Vorwurf, die Histadruth versuche die gesamte israelische Wirtschaft unter ihre Kontrolle zu bringen, mag den Tatsachen nach berechtigt sein. Es ist sehr zweifelhaft, ob ein so großes wirtschaftliches Unternehmen wie die Histadruth überhaupt die Möglichkeit hat, sich selbst irgendwelche Grenzen zu setzen. Die Histadruth kann allerdings heute noch nicht die ganze Wirtschaft Israels übernehmen, ja sie ist noch weit entfernt davon. Auch die Statistiken scheinen zu beweisen, daß der Anteil der kooperativen Wirtschaft nicht erheblich wächst. Diese entwickelt sich vielmehr in einem nur geringfügig größeren Maße als die Gesamtwirtschaft.

Die soziologische Bedeutung der kooperativen Wirtschaft

Die kooperative Wirtschaft in Israel führt zur Entstehung einer neuen sozialen Schicht, für die eine Name noch zu finden ist. Der Kooperativarbeiter ist weder Lohnarbeiter

noch selbständiger Unternehmer. Er besitzt zwar „Miteigentum“, das er in manchen Kooperativen sogar veräußern könnte, aber er ist in seiner Entscheidung über sein Eigentum nur in Gemeinschaft und Übereinstimmung mit der Mehrzahl der übrigen Miteigentümer frei.

Wie immer man diese neue Klasse nennen will, sie umfaßt in allen ihren Arten ca. 18 bis 20% aller „Ernährer“ (25% aller Ernährer finden in der gewerkschaftlichen Wirtschaft ihr Brot, hiervon dürften wiederum ca. 20 bis 25% Lohnarbeiter sein) und ca. 75% der gesamten ländlichen Bevölkerung. Den Kooperativarbeitern kommt als „Stand“ in Israel außerordentliche Bedeutung zu, ja es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß sie *der* zukünftige israelische Stand seien. Israel ist ein Pionierland, in dem den Pionieren die größte Bedeutung zukommt. Die Pioniertat des einzelnen Bauern, Arbeiters oder Unternehmers fällt nach außen hin nicht ins Gewicht. Es ist die organisierte Gruppe, der als Gruppe die Pioniertat zugeschrieben wird und die sie auch tatsächlich vollbringt. Die Gruppe schreibt sich die Pioniertat auch selbst zu. Der einzelne Arbeiter sieht sich selbst, auch wenn er Zionist ist, nie in dem Maße als Pionier an wie der Kooperativarbeiter, der etwa als Autobusfahrer zwischen Haifa und Tel-Aviv längst kein Pionier mehr ist. Der Arbeiter im Kibbuz sieht sich als Pionier, obgleich er unter Umständen schon eher einem Bauern zu vergleichen ist, der auf erbtem Boden sitzt. Der Kooperativarbeiter ist aber nicht nur Pionier als Arbeiter, sondern neben dem „Kapitalisten“ auch ein Pionier in der Schaffung wirtschaftlicher Werte.

Die Zahl der Lohnarbeiter übertrifft zwar noch alle anderen Kategorien der Erwerbstätigen, die kooperative Wirtschaft verhindert jedoch das Entstehen einer echten proletarischen Klasse. Die kooperative Wirtschaft ist heute so gefestigt, daß in weiterer Zukunft der überwiegende Teil der israelischen Arbeiter in diesen Kooperativen ihr Brot erwerben kann.

Der neue Stand entwickelt auch eine eigene spezifische israelische „Arbeiterkultur“, getragen von „proletari-

stem Bewußtsein“, „sozialistisch-zionistischem Aufbaustolz“, jüdischem Nationalbewußtsein usw.

Die kooperative Wirtschaft wird in der nahen Zukunft kaum zu einer wirklich neuen Gesellschaftsform führen. Diese neue Form hat der Kibbuz entwickelt. Die kollektive Gesellschaftsform — das ist aus vielen Versuchen erwiesen — läßt sich aber nur in relativ kleinen, abgeschlossenen Gemeinschaften und auf dem Lande durchführen. Aber auch auf dem Lande wächst der Kibbuz nicht mehr. Gegen 4,5% der Gesamtbevölkerung leben zwar heute noch in Kollektivsiedlungen, aber gerade die Einwanderer, die nach 1945 ins Land kamen, wenden sich eher dem Moschaw Owdim zu.

Schon früher haben wir darauf hingewiesen (vgl. Herder-Korrespondenz 6. Jhg., S. 431 f.), daß die streng kollektive Lebensform des Kibbuzes durch das fortschreitende Alter der Mitglieder und durch den steigenden Lebensstandard aufgelockert wird. Die Entwicklung der letzten Jahre hat diese Annahme bestätigt. Man spricht heute von „mangelndem Pioniergeist“, von zunehmendem „Luxus“ und von „Auflösung der Gesellschaft“ in den alten Kibbuzim. Das liegt nicht zuletzt daran, daß der Kibbuz seine kolonisationsische und wirtschaftliche Aufgabe bereits erfüllt hat.

Der „kibbuzische Geist“ ist heute vor allem in den Grenzsiedlungen zu finden, die mit staatlicher Hilfe zum Schutze der Grenzen errichtet werden. In den Grenzsiedlungen herrschen heute ähnliche Lebensbedingungen wie in den Kibbuzim, die vor 15 und 20 Jahren gegründet wurden. Es scheint heute ziemlich sicher, daß im Laufe der nächsten 20 Jahre (den wirtschaftlichen Fortschritt vorausgesetzt) viele Kibbuzim zu neuen kooperativen Siedlungsformen übergehen werden. Wahrscheinlich wird eine Zwischenform gefunden werden, bei der die Form des gemeinsamen Eigentums aufrechterhalten wird, die Besitzrechte jedoch freier geregelt werden. Auch die gemeinschaftliche Lebensweise wird dann wahrscheinlich der des Moschaw Owdim näherkommen. Sicher ist, daß die Lebensweise der Moschaw Owdim in Israel die bäuerliche Lebensweise der Zukunft ist.

Das Forum

Briefe an die Schriftleitung der Herder-Korrespondenz

Zum Bilderstreit in Oberwil

Im Aprilheft der Herder-Korrespondenz (S. 304) brachten Sie einen Bericht über den „Streit um Kirchenmalerei in der Schweiz“. Es handelt sich um die Wandbilder des Malers Ferdinand Gehr in der Kirche Oberwil bei Zug. Aus Ihrer Darstellung ergibt sich leider ein schiefes Bild, worum es eigentlich geht. Gestatten Sie mir deshalb, zu Ihrem Bericht einige Richtigstellungen anzubringen.

1. Die Verlautbarung der Lukasgesellschaft erfolgte auf die Initiative des Präsidenten. Die 1000 Mitglieder sind in keiner Weise um ihre Meinung befragt worden. Nicht einmal der Vorstand soll geschlossen für diese Verlautbarung eingetreten sein.

2. Gegen die Verlautbarung der Lukasgesellschaft bzw. ihres Präsidenten erhob sich alsbald ein heftiger Widerspruch. Zum Wortführer der Opposition machte sich

Prof. Linus Birchler, Ordinarius der Kunstgeschichte an der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich. Er warf in einem vielbeachteten Artikel, der in der „Schweizerischen Kirchenzeitung“ (Nr. 3 vom 16. Januar 1958) erschien, dem Verfasser Kunst diktatur vor. Gleichzeitig meldeten sich auch andere Stimmen zu Wort. Man wies vor allem darauf hin, daß nur ein kleines Häuflein Berufener gegen den Willen und das religiöse Empfinden der Mehrheit des Kirchenvolkes von Oberwil hinter dem ausführenden Künstler Ferdinand Gehr stehe.

3. Auf Ersuchen des bischöflichen Ordinariats des Bistums Basel in Solothurn erstellte Prof. Alfred A. Schmid, Ordinarius der Kunstgeschichte an der Universität in Freiburg i. Ue. und Mitglied der Eidgenössischen Kommission für Denkmalpflege, ein Gutachten, das in der „Schwei-